



**KAIROS Europa Deutschland e.V.**

# RUNDBRIEF

für Mitglieder & Freund:innen

**Oktober 2025**

## EDITORIAL

### Herzlicher Dank und Bitte um weitere Unterstützung!

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Freundinnen und Freunde von Kairos Europa,

seit nunmehr 35 Jahren setzt sich KAIROS Europa dafür ein, den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf politisches und wirtschaftliches Handeln zuzuspitzen. Von Anfang an verfolgten wir dabei eine „Doppelstrategie“ (Ulrich Duchrow): Protest und Widerstand gegenüber dem herrschenden Weltwirtschaftssystem durch Interventionen in die Makroökonomie und -politik einerseits und die Entwicklung von transkapitalistischen Alternativen im Kleinen, sprich an der Basis, andererseits. Viele von Ihnen/Euch haben in vielfältiger Weise daran mitgewirkt. Dafür sind wir sehr dankbar.

Die weitere Arbeit von Kairos Europa ist nun leider bleibend gefährdet – und damit eine der wenigen noch aktiven Stimmen der kritischen Basis-Ökumene. Gerade weil Finanzierungen durch kirchliche Zuschussgeber, öffentliche Fördereinrichtungen und parteinahe Stiftungen aufgrund von Sparmaßnahmen und politischen Ängstlichkeiten immer unsicherer und geringer werden, stellen Ihre/Eure Mitgliedsbeiträge und Spenden einen immer wichtigeren Bestandteil unserer Finanzierung dar. Das gilt auch für unseren neuen Arbeitsschwerpunkt, den wir im nachstehenden „Blickpunkt“ dieses Rundbriefs vorstellen. Zwar stößt diese Neuausrichtung unseres Engagements, die exzessiven Reichtum, die Zachäus-Kampagne für soziale und ökologische Steuergerechtigkeit und fortwährende (post-)koloniale Machtstrukturen auf innovative Weise miteinander verknüpft, durchweg auf positive Resonanz – weshalb uns etwa von Brot für die

## INHALTSVERZEICHNIS

▲ Editorial: Herzlicher Dank und Bitte um weitere Unterstützung	1
▲ Im Blickpunkt: „Perspektivenwechsel Dekolonisierung: Überreichtum besteuern, Ungleichheit reduzieren, Oligarchien abwehren, Privilegien verlernen“	2
▲ Die EKD verwirft das Völkerrecht im Blick auf Israel und isoliert sich erneut im weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen	7
▲ Rezension zu Ulrich Duchrow, Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben. Erfahrungen, Kämpfe und Visionen in der weltweiten Ökumene	10
▲ Einladung zur Kairos Europa-Jahrestagung 2025	12
▲ Impressum	12

Welt bereits auch Finanzierungszusagen vorliegen. Aber diese reichen leider nicht aus, um das Projekt auch sinnvoll durchführen zu können, da sie in aller Regel zwar die Sach-, aber nur einen geringen Teil der Personalkosten abdecken.

Wir richten daher die dringende Bitte an Sie/Euch, mit einer freiwilligen Erhöhung Ihrer/Eurer Beiträge oder durch Spenden mit dazu beizutragen, unsere weitere Arbeit sicherzustellen. Dazu kann auch ein Vermächtnis oder eine Teil-Erbenschaft zählen. Wir wollen Stimme der Ökumene und besonders der Kirchen des Südens bleiben. Helfen Sie bitte mit, dass diese Stimme nicht verstummt, macht bitte die Arbeit von Kairos Europa in Eurem Dunstkreis bekannt(er)! Wir danken herzlich für jede Form der Unterstützung.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen/Euch alles Gute und verbleiben mit solidarischen Grüßen

im Namen des Vorstands

**Christine Müller & Reinhard Hauff**, Vorsitzende

### Unsere Bankverbindung:

Kairos Europa e.V.  
GLS Gemeinschaftsbank  
IBAN: DE52 4306 0967 8040 2420 00  
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an uns sind steuerlich abzugsfähig und können über die Kairos-Webseite auch online durchgeführt werden (<https://kairoseuropa.de/spenden/online-spenden/>).



**Im Blickpunkt: „Perspektivenwechsel Dekolonisierung: Überreichtum besteuern, Ungleichheit reduzieren, Oligarchien abwehren, Privilegien verlernen“**

Von Martin Gück

*In diesem Rundbrief-Blickpunkt möchten wir einen neuen Arbeitsschwerpunkt von Kairos Europa vorstellen, in dessen Rahmen wir unser Engagement zur Zachäus-Kampagne für soziale und ökologische Steuergerechtigkeit im Allgemeinen und zur Beschränkung von Milliardärsmacht im Besonderen auf innovative Weise mit dem Ansatz der Dekolonialität verbinden. Letzterer problematisiert die anhaltenden Muster des Kolonialismus in Gesellschaft und Politik und möchte zu deren Überwindung beitragen.*

### Klima der extremen Ungleichheit

Die Frage, wie Wohlstand verteilt wird und welche Folgen das für jeden einzelnen Menschen und die Gesellschaft(en) insgesamt hat, ist zu einem zentralen Thema im politischen Diskurs geworden. Dass materielle Ungleichheit ein dramatisches globales Schlüsselproblem unserer Zeit ist, führen Studien drastisch vor Augen: Die gut 2.500 reichsten Milliardär\*innen verfügen über mehr Vermögen als 60 Prozent der Weltbevölkerung. Allein die 42 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie knapp

4 Milliarden Menschen. Auch innerhalb Deutschlands nimmt die Kluft zwischen den Ultrareichen und dem Rest der Gesellschaft immer weiter zu: So konnten die zehn wohlhabendsten Personen während der Corona-Pandemie ihr Vermögen um rund 78 % von rund 125 Mrd. auf etwa 223 Mrd. € steigern; dieser Zugewinn entspricht annähernd dem Gesamtvermögen der ärmsten 40 Prozent, also von 33 Millionen Deutschen.

Diese extreme wirtschaftliche (vertikale) Ungleichheit stellt Gesellschaften weltweit vor immer größere Zerreißproben: Sie verstärkt durch intersektionale Verschränkungen soziale (horizontale) Ungleichheit und damit insbesondere geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierungen und Spaltungen, untergräbt die Demokratie und trägt maßgeblich mit dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe auszuweiten droht, da das reichste Prozent der Weltbevölkerung für genauso viele CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren, verarmten zwei Drittel ausmachen.

Bei diesem so wichtigen Fokus bleibt jedoch in der Regel die Frage außen vor, wie es eigentlich zu der massiven ökonomischen Ungleichheit – vor allem im Blick auf die Kluft zwischen Globalem Norden und Globalem Süden – gekommen ist. Aus diesem Grund ist zum Zweck der Vermittlung kritischen Wissens zur Ungleichheit die Einbeziehung dekolonialer Perspektiven unerlässlich. Denn nur sie schärfen bewusst den Blick auf jenen Teil der Geschichte, der vor allem in Europa allzu oft verdrängt wird und ohne den die gegenwärtige Polarisierung nicht verstanden werden kann: den Kolonialismus als die Wurzel heutigen Überreichtums, von dem definitionsgemäß dann die Rede ist, wenn die Quantität in der Vermögensverteilung in Qualität umschlägt – sprich wenn extremer Reichtum ihren Besitzer\*innen wirtschaftliche und politische Macht verleiht. Diese Perspektiven zeigen historische Linien seit dem Kolonialismus auf und benennen sie als Ursache der heutigen Ungleichheiten. Zudem können sie zur Transformation beitragen, indem sie auf notwendige Prozesse des gesellschaftlichen Verlernens angestammter Einstellungen zu ungerechten Strukturen aufmerksam machen.

### Superreichtum, Konzernmacht und Ungerechtigkeit: ein koloniales Erbe

Als Ausweis dafür, wie folgenschwer das koloniale Erbe die Welt bis heute prägt, dient die Geschichte

der Produktion struktureller Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die im Kolonialismus einsetzte und durch die auf Basis eines rassistischen, ausbeuterischen und zerstörerischen Geschäftsgebarens Reichtum angehäuft und zunehmend in den Händen weniger konzentriert wurde. Im Kolonialismus akkumuliertes Vermögen legte dabei sowohl für Kolonialkaufleute wie für Handelskompanien oftmals den Grundstock für anhaltenden wirtschaftlichen Erfolg. Die kolonialhistorische Forschung weist für alle damaligen Kolonialmächte Familiendynastien und Kapitalgesellschaften aus, die es heute noch gibt. Zahlreiche der derzeit führenden „global player“ wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – und damit mitten in der Kolonialzeit – gegründet, groß und mächtig.

Und auch all jene transnationalen Konzerne, bei denen kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ihrem Aufstieg und der kolonialen Expansionsphase vorliegt, profitieren ohne jeden Zweifel vom Fortbestehen kolonialer Machtstrukturen. Denn fortwährend ungleicher ökonomischer wie ökologischer „Tausch“ ist immer auch Ausdruck und Ergebnis von seit der Kolonialzeit historisch gewachsenen Herrschaftsverhältnissen. Tatsächlich lässt sich auch die moderne Wirtschaftsgeschichte nirgends auf der Welt richtig verstehen, ohne den Kolonialismus zu berücksichtigen.

Auf diesem Hintergrund lässt sich gegen den Überreichtum als einen wesentlichen Krisenherd der weltweiten Vielfachkrise, der aufs Engste mit der Entstehung des westlichen Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus verwoben ist, letztlich nur angemessen angehen, wenn diese weitgehend ignorierte Vergangenheit sowie deren Kontinuitäten in Gestalt perpetuierter Strukturen globaler Ungleichheit als Querschnittsthema zentral mit in die Eine Welt-bezogene Informations-, Bildungs-, Öffentlichkeits- und Anwaltschaftsarbeit einbezogen werden.

### **Die strukturelle Tragweite kolonialer Strukturen: ein unterschätztes Phänomen**

Die dekoloniale Betrachtungsweise kann und muss auf diesem Hintergrund als notwendige Erweiterung unseres Verständnisses dessen gelesen werden, was Menschlichkeit und Recht(e) und damit Gerechtigkeit in der Moderne ausmacht. Viele der bereits auf diese Erweiterung abzielenden Ansätze vernachlässigen unserer Wahrnehmung nach in der Regel die ökonomische Dimension des (Neo-)Kolonialismus. Selbst „sensibilisierte“ Menschen und

zivilgesellschaftliche Organisationen reduzieren koloniale Kontinuitäten allzu oft auf einen personellen Alltagsrassismus, dem anhand von sensibler Sprache oder durch auf die Haltung von Einzelnen abzielenden Antirassismus-Trainings entgegen gewirkt werden soll. Polit-ökonomische Faktoren wie die per se marginalisierenden bzw. gar exkludierenden Strukturen und Praxen der globalen Handelspolitik, der internationalen Finanzarchitektur, des Umgangs der multilateralen Finanzinstitutionen mit Auslandsverschuldung, des Extraktivismus natürlicher Ressourcen usw. werden dabei zu wenig oder auch gar nicht als Ausdrucksformen kolonialer Kontinuitäten gelesen und bleiben damit unsichtbar.

Genau an dieser Stelle möchte unser neues Kairos Europa-Projekt anknüpfen: das oftmals unsichtbar Bleibende sichtbar machen und mit einem ganzheitlichen Ansatz aufzeigen, dass der Kolonialismus und seine Kontinuitäten neben ideologisch-programmatischen Faktoren zentral auch auf ökonomischen Faktoren beruhen, die sich fortgesetzt gegenseitig stützen und die Ausbeutung von Menschen und Natur bedingen bzw. perpetuieren. Entsprechend ist es bedeutsam, dass das Engagement für Dekolonisierung und Dekolonialität auf der umfassenden Berücksichtigung der (Wechsel-)Wirkungen aller Faktoren und Dimensionen von (Neo-)Kolonialismus fußt.

### **Die Zachäus-Kampagne als ökumenischer Bezugsrahmen**

Die vom Ökumenischen Rat der Kirchen, dem Lutherischen Weltbund, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, dem Weltrat Methodistischer Kirchen und dem Rat für Weltmission gemeinsam auf den Weg gebrachte „Zachäus-Kampagne“ macht sich diesen erweiterten Blickwinkel bewusst zu eigen. Unter Bezugnahme auf die biblische Geschichte von Zachäus setzt sich die Kampagne auf lokaler, nationaler und globaler Ebene für (Steuer-)Gerechtigkeit ein, befasst sich hierbei vor allem mit den Zusammenhängen zwischen sozialer und Klima(un)gerechtigkeit – die auch mit Patriarchat, Rassifizierung und (neo-)kolonialen Mustern verbunden sind – und diesbezüglicher Wiedergutmachung im Sinne restaurativer Gerechtigkeit.

Wer die Zachäus-Geschichte aus dem Lukasevangelium kennt, wird erahnen, dass es der Kampagne um radikale Veränderungen und das aktive Verlernen von Privilegien geht. Denn als Jesus sich zu ihm nach Hause einlud, bewirkte diese Begegnung bei

Zachäus eine fundamentale Umkehr, die Reue und Wiedergutmachung mit einschloss: Er versprach nach der Begegnung mit Jesus, die Hälfte seines Besitzes an „die Armen“ zu geben und das Vierfache des zu Unrecht Erpressten sogar denjenigen, die er betrogen hatte. In dieser Wendung kommt die Radikalität dekolonialen Denkens und Handelns in lebenspraktischer Perspektive zum Ausdruck. Die eigene Positionalität wird kritisch hinterfragt, es wird aus der Geschichte gelernt und Privilegien werden verlernt.

In dem von Kairos Europa koordinierten deutschen Zweig der Kampagne wurde dem Anliegen insbesondere der Kirchen aus dem Globalen Süden, das Ringen um Wiedergutmachung für Kolonialismus und Sklaverei gebührend in das Engagement für Steuergerechtigkeit einzubinden, bis dato leider nur unzureichend Genüge getan. Gerade die dekoloniale Pointe der biblischen Geschichte, die sich in einem Verlernen der eigenen Privilegien und der Transformation ungerechter Machtverhältnisse ausdrückt, wurde außer Acht gelassen. Diese Leerstelle möchten wir mit unserem neuen Arbeitsfeld „Perspektivenwechsel Dekolonisierung: Überreichtum besteuern, Ungleichheit reduzieren, Oligarchien<sup>1</sup> abwehren, Privilegien verlernen“ künftig schließen. Es kann nur einige der vielfältigen Dimensionen dekolonialer Perspektiven aufgreifen; wir sind uns darüber im Klaren, dass es weitere wichtige Perspektiven und Fragestellungen gibt, die es zu behandeln gälte und zu denen an anderer Stelle gearbeitet wird.

### **Projektannahmen, -ziele, -bezüge**

Ausgehend von der Einschätzung, dass das Jahr 1492 eine Ära der Unterdrückung, Ausbeutung und Plünderung der Welt durch europäische Mächte einleitete, die bis heute andauernde Strukturen globaler Ungleichheit und Ungerechtigkeit nach sich zieht, vertritt unser Projekt die These, dass extremer Reichtum unseren Gesellschaften außerordentlichen Schaden zufügt – etwa indem er wirtschaftliche und soziale Verwerfungen und Spaltungen verursacht bzw. verstärkt, die Klimakrise maßgeblich mit befeuert oder weil riesige Vermögen in den Händen einzelner die Demokratie aushebeln. Aus dekolonialer Perspektive sieht sich das Projekt in

<sup>1</sup> In seiner Abschiedsrede an die Nation warnte der frühere US-Präsident Joe Biden vor einer Oligarchie der Superreichen: „Heute nimmt in Amerika eine Oligarchie extremen Reichtums, extremer Macht und extremen Einflusses Gestalt an, die buchstäblich unsere gesamte Demokratie, unsere Grundrechte und Freiheiten und eine faire Chance für jeden voranzukommen, bedroht.“ Dieses Problem beschränkt sich aber nicht auf die USA: Deutschland ist das Land mit den viertmeisten Milliardär\*innen auf der ganzen Welt.

der Verantwortung, die herrschende vertikale und horizontale Ungleichheit, die sich gegenseitig seit jeher befördern, im Unrechtskontext des Kolonialismus und dessen Kontinuitäten herauszuarbeiten und am Beispiel des Phänomens des exzessiven Reichtums zu problematisieren. Kritisch ist dabei auch zu fragen, welche (neokolonialen) Strukturen dazu verhelfen, diese Machtverhältnisse und ihre Auswirkungen zu verschleiern und der kritischen Politisierung zu entziehen. Dazu soll ein Privilegien-sensibler Ansatz verhelfen.

Das Projekt knüpft dabei an politikwissenschaftliche Ansätze an, die Externalisierung zu einem Reflexionsgegenstand machen. Dabei ist es ein Hauptanliegen, die bestehende globale sozial-ökologische Ungleichheitsordnung mitsamt ihrer Verankerung nicht nur in den abstrakten Strukturen der Produktionsweise, sondern auch in den Gewohnheiten und Praxismustern des Alltags (das Zwangsverhältnis der „imperialen Lebensweise“/U. Brand & M. Wissen) am Beispiel des regelrecht obszönen Überreichtums als Nachwirken des Kolonialismus in unserer heutigen Gesellschaft zu reflektieren und dabei bewusst mit den Narrativen zu brechen, die diese geschichts- und gegenwartsprägenden Elemente gesellschaftlicher Formation geradezu systematisch ausschließen.

Wir wollen mit der Zusammenschau auf Überreichtum und (Neo-)Kolonialismus zudem auch eine Gegenerzählung und damit einen Kontrapunkt setzen zu jenem – sich im Aufwind befindlichen – Diskurs der nationalistischen, populistischen Rechten, der eine Vergangenheit beschwört, die historische Verflechtungen und Abhängigkeiten angeblich nicht kannte, und allen Wohlstand und alle sonstigen „Errungenschaften“ aus sich selbst heraus erklärt, zur eigenen „Leistung“ macht und so die eigene Auserwähltheit bestätigt. Zugleich wird die Schuld am Ausbleiben eben dieses Wohlstandes einseitig und ausschließlich den Menschen aus verarmten Regionen und Menschengruppen zugeschrieben. Letztere und die Gesellschaften, aus denen sie stammen, sind in dieser Lesart selbst schuld an ihrem Elend; ein Anspruch auf Solidarität oder Hilfe – von Reparationen ganz zu schweigen – besteht nicht.

### **Politisches Momentum für Dekolonisierung**

Eine dekoloniale Herangehensweise findet derzeit in verschiedenen Kontexten der politischen Agenda sachliche Entsprechungen und bietet folglich ein



hohes Maß an Anschlussfähigkeit. So jährt sich zum siebzigsten Mal ein Meilenstein des antikolonialen Kampfes, nämlich die Bandung-Konferenz von 1955, bei der Vertreter\*innen von 29 Staaten Asiens und Afrikas, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der damaligen Weltbevölkerung repräsentierten, nach Wegen suchten, die sie aus kolonialer Unterentwicklung und der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion herausführen sollten. Zudem fand vor 140 Jahren die „Berliner Konferenz“ zur kolonialen Aufteilung des afrikanischen Kontinents statt. Und unter Bezugnahme auch auf diese Jubiläen lautet das Motto der Afrikanischen Union für 2025 „Gerechtigkeit für Afrikaner\*innen und Menschen afrikanischer Abstammung durch Wiedergutmachung“. Diese Anlässe bieten allesamt Gelegenheiten, die Projektthematik prominent in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Ein wichtiges Momentum gibt es derzeit auch im Blick auf eine künftig unbedingt zu etablierende globale Steuerarchitektur. Das existierende internationale Steuersystem<sup>2</sup> wurde bisher allein in Reaktion auf die Interessen der reichen Nationen ausgestaltet – mit den weithin bekannten Folgen immenser Einnahmeverluste für die Staatskassen, insbesondere im Globalen Süden. Ende 2023 aber verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die historische Resolution über eine UN-Rahmenkonvention zu internationaler Steuerkooperation. Dabei stimmte die Mehrheit der Länder aus dem Globalen Süden für die Verlagerung der steuerpolitischen Entscheidungsfindung von der OECD (bekanntlich ein Club von überwiegend reichen Nationen aus dem Globalen Norden) zu den UN; der Fahrplan und das Mandat für diese Entwicklung finden nun in 2025 ihre – im Blick auf mehr Steuergerechtigkeit Hoffnung machende – Fortsetzung. Dabei wird es darum gehen, die Themen einer kommenden Rahmenkonvention festzulegen: etwa die (Mindest-)Besteuerung multinationaler Konzerne, Steuertransparenz und die globale Besteuerung von Offshore-Vermögen. Somit können erstmals alle Staaten gleichberechtigt über die künftige internationale Steuerpolitik und ein faires, globales Steuerabkommen verhandeln.

Ähnlich hat die G20 unter Vorsitz von Brasilien im vergangenen Jahr auf der globalen Agenda für die internationale Zusammenarbeit bei der Erhöhung

<sup>2</sup> Angesichts der wenigen bestehenden internationalen Regelungen zur Steuerpolitik ist diese Zuschreibung ein Euphemismus; faktisch präsentiert sich das steuerpolitische juristische Gefüge auf internationaler Ebene noch löchriger als in den je nationalstaatlichen Kontexten.

der Besteuerung von Milliardär\*innen Raum geschaffen. Der brasilianische Präsident da Silva brachte beim G20-Gipfel in Rio de Janeiro eine globale Reichensteuer prominent auf den Tisch. Die Idee: Eine Mindeststeuer von zwei Prozent auf die Vermögen der rund 3.000 reichsten Menschen der Welt. Laut dem französischen Ökonomen Gabriel Zucman, auf dessen Konzept sich der Vorschlag stützt, könnte dies jährlich etwa 250 Mrd. US-\$ generieren. Erfreulicherweise haben die internationalen Trägerorganisationen der Zachäus-Kampagne diese viel beachtete Initiative des G20-Gipfels zum Anlass genommen, öffentlichkeitswirksam der internationalen „Tax the super rich“-Kampagne, die von Oxfam und der US-amerikanischen „Patriotic Millionaires“-Initiative getragen wird, beizutreten.

### **Dekolonialität und Theologie: theologische Dekolonisierung gefragt**

Neben dieser polit-ökonomischen Stoßrichtung, die Ungleichheit radikal zu reduzieren und globale und nationale Ziele zu setzen, um dies vor allem durch die Überwindung von Überreichtum zu erreichen, möchte das Projekt dekoloniale Perspektiven dezidiert auch in theologischer Hinsicht thematisieren. Denn für eine Theologie, die angesichts der dramatischen Herausforderungen der Gegenwart sprachfähig bleiben will, erscheint uns die Auseinandersetzung mit historischen und gegenwärtigen Formen von (Neo-)Kolonialismus mehr denn je unverzichtbar. Zudem lassen sich bisherige kritische Bearbeitungen dieser Herausforderungen (etwa durch die Befreiungstheologie) durch diese Perspektive theologisch erweitern. Vor allem aber ist diese Perspektive auch geboten zur besseren Verständigung zwischen Kirchen des Globalen Nordens und des Globalen Südens. Letztere blicken ja in aller Regel auf eine Kolonialgeschichte zurück und fußen ihre zunehmend entwickelten lokalen Theologien auf dekoloniale Theoriebildung, wodurch die vielschichtigen, engen Verflechtungen von Kolonialismus und Christentum bzw. der enge Zusammenhang von theologischem Wissen und Macht kritische Berücksichtigung finden. Dies umfasst nicht zuletzt auch die Suche nach Spuren und Narben der Unterdrückung bei Kolonisierten und Unterdrückern. Leider gilt dies nicht für alle theologischen Beiträge aus dem Globalen Süden, z.B. wenn mit einer „antikolonialen“ Rhetorik gegen LGBTQIA+ polemisiert wird.

Uns ist mit dieser theologischen Akzentuierung des Projekts nicht nur daran gelegen, die kirchenpolitisch

von uns für unbedingt notwendig gehaltene stärkere Auseinandersetzung der hiesigen Kirchen mit der (Neo-)Kolonialismuskritik und ihren je eigenen Missionsgeschichten zu befördern und kirchenpolitische Handlungsoptionen zu entwickeln – einschließlich der Frage, was die post- und dekoloniale Perspektive für das hiesige kirchliche Selbstverständnis und die künftige eigene Theologieentwicklung bedeutet. Darüber hinaus liegt die Chance der bewussten Einbeziehung dekolonialer Theologie gerade auch in der Dezentrierung und Provinzialisierung Europas, die dazu beitragen kann, das kritische Potenzial der Religionen zur Imagination anderer „Zukünfte“ jenseits der normierenden Zielvorstellungen offizieller Politik darzulegen.

### Konkrete Projekthinhalte

Im Rahmen der Informations- und Bildungsarbeit des Projektes für transformatives Lernen sollen zur Vermittlung eines spezifischen polit-ökonomischen Wissens, von Möglichkeiten des dekolonialen Verlernens, des Erwerbs dekolonialer Kompetenzen und zur Förderung handlungsorientierten Engagements bezüglich der thematischen Projektschwerpunkte folgende inhaltliche Aspekte und Zusammenhänge im Vordergrund stehen:

- ▲ (personeller wie institutioneller) Überreichtum ist zu einem durchaus beträchtlichen Teil nicht „verdient“, sondern „genommen“;
- ▲ Überreichtum ist nicht nur Folge brutaler kolonialer Ausplünderung, sondern auch fortwährender Katalysator für immer extremere Ungleichheiten<sup>3</sup>;
- ▲ aus Überreichtum resultiert der Aufstieg einer neuen Oligarchie mit privater Supermacht – was derzeit am Beispiel der zweiten Trump-Präsidentschaft in den USA besonders anschaulich wird;
- ▲ in den kommenden Jahren steht die größte Vermögensübertragung in der Geschichte der Menschheit bevor; dieser Transfer hat wenig mit Leistung/Talent zu tun und wird kaum besteuert (lt. Oxfam gehen derzeit 36 % des Milliardärsvermögens auf Erbschaften zurück; zwei Drittel aller Länder besteuern Erbschaften an direkte Nachkommen überhaupt nicht);
- ▲ im Kampf um Kolonien galt Deutschland lange als der „zu spät gekommene Staat“, was hierzulande zur Folge hatte, die Auseinandersetzung mit dem eigenen Kolonialismus als

vernachlässigenswert zu betrachten und außen vor zu lassen bzw. im besten Fall aus einer beobachtenden, passiven und sehr oberflächlichen Perspektive zu problematisieren. Dem steht der Tatbestand gegenüber, dass das deutsche Kolonialreich trotz seiner vergleichsweise kurzen Geschichte (1884 bis 1918) „auf seinem Höhepunkt“ flächenmäßig das drittgrößte der Welt war und mit dem Völkermord an den Nama und Herero im damaligen Deutsch-Südwestafrika den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts beging;

- ▲ deutscher Kolonialismus begann mit Handelsinteressen und war eng verbunden mit Vorstellungen und Systemen von Rassismus und weißer Vorherrschaft, die als epistemische Gewalt fortbestehen;
- ▲ koloniale Verbrechen führten zu einer Reichtumsexplosion, deren Verschleierung bzw. Verteidigung die Strukturen unserer modernen Welt grundlegend prägt;
- ▲ den Opfern des Kolonialismus und des mit diesem einhergehenden transatlantischen Sklavenhandels blieben gebotene Reparationen bis heute verwehrt (Wiedergutmachungszahlungen für die Abschaffung der Sklaverei erhielten in den wenigen und kaum gekannten Fällen nicht etwa die versklavten Menschen bzw. deren Nachfahren, sondern die ehemaligen Kolonialstaaten bzw. deren sogenannte Sklavenhalter\*innen);
- ▲ dieses Erbe der Zeit des historischen Kolonialismus hat eine zutiefst ungleiche Welt geschaffen – eine Welt, die weiterhin systematisch Wohlstand aus dem Süden abzieht, um in erster Linie die reichsten Menschen im Globalen Norden profitieren zu lassen;
- ▲ der moderne transnationale Konzern (TNC) ist eine Schöpfung des Kolonialismus. Von TNCs dominierte globale Lieferketten bzw. von ihnen auf den Export zugerichtete Wirtschaftszweige im Globalen Süden stellen moderne Systeme der Reichtumsextraktion aus den kolonisierten Regionen in den Norden dar<sup>4</sup>;
- ▲ analog sind z.B. die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) des Cotonou- und Post-Cotonou-Abkommens zwischen der EU und den AKP-Staaten als Fortsetzung kolonialer Inwertsetzungs- und Aneignungsverhältnisse zu betrachten.

<sup>3</sup> Nicht nur einige der heute reichsten Familien, sondern auch global wirkmächtige Banken, Versicherungen und sonstige Finanzunternehmen wie JPMorgan Chase, Barclays, AIG und Aetna begründen ihr Vermögen auf dem historischen Unrecht der Sklaverei.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu exemplarisch mit Blick auf die globale Digitalisierung Dachwitz, Ingo/Hilbig, Sven: Digitaler Kolonialismus. Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen, München 2025.

## Projektmethodologie

Das Anliegen, Dekolonialität als gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe nach Möglichkeit in alle Bezüge des Projekts mit einzubeziehen und zu vermitteln, stellt gerade auch unter didaktischen und methodologischen Gesichtspunkten eine beträchtliche Herausforderung dar. Das liegt zunächst in der Natur eines jeden „Querschnitt-themas“ begründet, da dieses per definitionem ein vorherrschendes Übel kennzeichnet, das eine große Komplexität aufweist, in aller Regel aber noch kaum durch(ge)drungen ist und eine neue Orientierung „bisheriger“ Inhalte und Praxen erfordert.

Gerade für kritisch-emanzipatorische Bildungsarbeit heißt dies, dass es um nicht weniger geht als um die Beförderung (hierzulande) grundlegend neuer Sichtweisen sprich um Perspektivänderungen, die die vielschichtige Problematik des Überreichtums quer zum etablierten Wissens- und Meinungskanon „scharfstellen“. Um die dekoloniale Perspektive auf diesem Hintergrund aus ihrer bisherigen Nische zu bekommen, braucht es eine Bildungsarbeit, die in der Lage ist, ihre Zielgruppen sowohl intellektuell als auch kommunikativ und nicht zuletzt emotional zu erreichen, um förderlich sensibilisieren bzw. fort- oder weiterbilden zu können und somit dazu zu befähigen, die in Europa angestammte koloniale Sichtweise samt ihrer selbstdienlichen Narrative zu demaskieren, ihr nicht-hegemoniale Perspektiven auf die Unabhängigkeitserzählungen und Widerstandspraxen aus kolonialisierten Kontexten gegenüber zu stellen und aufzuzeigen, wie gesellschaftliche Diskurse dabei dienlich sind, diese Zusammenhänge zu verschleiern und Strategien des Verlernens zu entwickeln. In Anbetracht dieser pädagogisch-didaktischen Herausforderung ist uns sehr daran gelegen, im Rahmen des Projektes auch auf die Expertise von Persons of Color, Migrant\*innen und Personen der postmigrantischen Generation zählen zu können.

## Einladung zum Mitmachen

Bei all unseren geplanten Projektaktivitäten sind wir auf die Mitarbeit und Unterstützung von vielen – seien es Einzelpersonen, Basisgruppen, Netzwerke, Organisationen oder Gemeinden – angewiesen. Deshalb bitten wir Sie und Euch: Machen Sie bzw. macht proaktiv mit und/oder unterstützen Sie bzw. unterstützt uns durch eine einmalige oder regelmäßige Spende bei unseren Aktionen!

*Martin Gück ist Diplom-Volkswirt und hauptamtlicher Koordinator von Kairos Europa.*

## Die EKD verwirft das Völkerrecht im Blick auf Israel und isoliert sich erneut im weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen

Von Ulrich Duchrow

Zur Vorgeschichte: Vor der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe 2022 hatten alle seriösen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (USA), B'Tselem (Israel), Al-Haq (Palästina) und Amnesty International sowie auch die Sonderbeauftragte der UNO, Francesca Albanese, nachgewiesen, dass es sich bei Israels Umgang mit dem palästinensischen Volk um ein Apartheidsystem handelt. Trotzdem bestritten dies schon die fünf evangelischen Landeskirchen an Rhein und Ruhr zur Vorbereitung der Vollversammlung in ihrem „Impulspapier“, auf das das deutsche Kairos Palästina-Solidaritätsnetz (KPS) kritisch antwortete: „Rückfragen an ‚Israel-Palästina. Leitgedanken und erläuternde Thesen‘ – Ein Gesprächsimpuls aus den fünf Landeskirchen Baden, Hessen und Nassau, Pfalz, Rheinland sowie Westfalen“.<sup>5</sup>

Bei den Vorbereitungstreffen setzte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) nach glaubwürdigen Zeugenaussagen den ÖRK unter Druck, das Apartheidthema auf der Vollversammlung nicht aufkommen zu lassen – andernfalls würde die EKD Gelder für die Versammlung zurückziehen. Angeblich soll Annalena Baerbock als deutsche Außenministerin ähnliche Drohungen ausgesprochen und sogar Visumsverweigerung für bestimmte Personen angedeutet haben. In Karlsruhe selbst hieb Bundespräsident Steinmeier in seinem Grußwort in die gleiche Kerbe, und der ÖRK-Generalsekretär warnte schon in seinem Bericht vor radikalisierte Sprache. Vor allem aber verhinderte das zuständige Gremium der Vollversammlung, dass ein klarer Resolutionsentwurf zum Thema, den die Anglikanische Kirche einbringen wollte, überhaupt im Plenum diskutiert und abgestimmt werden durfte.<sup>6</sup>

Immerhin brachte dieser Ausschuss am Schluss folgende Sätze zur Abstimmung: „Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische

<sup>5</sup> <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/02/KPS-Rueckfragen-des-Netzes-an-Leitgedanken-der-Kirchen-am-Rhein.pdf>.

<sup>6</sup> Zu den Abläufen auf der Vollversammlung im Einzelnen vgl. den Protestbrief des KPS: <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/09/KPS-OeRK-Protest-mit-Link.pdf>.

Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf eine „Apartheid“ unter dem Völkerrecht hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen gewisse Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung.

Wir müssen uns nach wie vor mit diesem Problem befassen, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten. Wir beten, dass der ÖRK fortfährt, sichere Orte für Gespräche und Zusammenarbeit für seine Mitgliedskirchen bereitzustellen, im Streben nach Wahrheit und für die Arbeit für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region. (...) Der ÖRK möge die Auswirkungen der kürzlich veröffentlichten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International untersuchen, diskutieren und erörtern und die Leitungsgremien mögen angemessen darauf reagieren.<sup>7</sup>“

Aufgrund dieses Auftrags der Vollversammlung setzte der ÖRK eine Arbeitsgruppe ein, die eine Empfehlung für den Zentralausschuss (ZA) erarbeiten sollte. Das Ergebnis wurde am 27. Juni 2025 vorgestellt. Der ZA beschloss daraufhin eine Erklärung mit folgendem Aufruf, der „verlangt, dass:

1. die Realität der Apartheid beim Namen genannt wird: Wir anerkennen und verurteilen das System der Apartheid, das Israel dem palästinensischen Volk auferlegt und damit das Völkerrecht und das moralische Gewissen verletzt;
2. Sanktionen und die Rechenschaftspflicht umgesetzt werden: Wir fordern Staaten, Kirchen und internationale Institutionen auf, Konsequenzen für Verstöße gegen das Völkerrecht zu ziehen, einschließlich gezielter Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos. Der Internationale Strafgerichtshof und die UN-Mechanismen, die mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit untersuchen, müssen umfassend unterstützt werden;
3. die Rechte und die Freiheit der Palästinenserinnen und Palästinenser bekräftigt werden:

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/seeing-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east>.

Wir verteidigen die unveräußerlichen Menschenrechte der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Freiheit, Gerechtigkeit, Rückkehr und Selbstbestimmung. Wir fordern das Ende der Besetzung und die Aufhebung der rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens; und dass

4. die Widerstandsfähigkeit und das Zeugnis der palästinensischen christlichen Kirchen und Gemeinschaften, die ihr Recht aufrechterhalten, auf ihrem Land zu bleiben und ihren Glauben frei zu praktizieren, unterstützt werden.<sup>8</sup>

Prompt reagierte die EKD mit einer Gegenerklärung: „Der Begriff ‚Apartheid‘ ist in Bezug auf das Handeln der israelischen Regierung in der Ökumene heftig umstritten. Die EKD hat dazu eine Stellungnahme herausgegeben, in der stark gemacht wird, dass der Begriff ‚Apartheid‘ die vielschichtige Realität im Nahen Osten nicht abbildet. Die Erklärung des ÖRK-Zentralausschusses zu Palästina und Israel relativiert in ihrem Titel den Beschluss der Vollversammlung des ÖRK vom September 2022, demzufolge Israel nicht als Apartheidstaat bezeichnet werden solle. Diese Relativierung kann die EKD nicht teilen. Die EKD hält an ihrer Positionierung von 2022 fest, dass der Begriff ‚Apartheid‘ die komplexe Realität in Israel und den palästinensischen Gebieten nicht in geeigneter Weise beschreibt. Der Begriff entstammt dem spezifischen historischen Kontext des südafrikanischen Systems der gesetzlich verankerten rassistischen Trennung und Unterdrückung. Eine Übertragung dieses Begriffs auf die Situation in Israel und den besetzten Gebieten greift aus unserer Sicht zu kurz und trägt nicht zu einer sachgerechten und verantwortlichen Debatte bei.“<sup>9</sup>

In diesen Sätzen behauptet die EKD eine Unwahrheit, nämlich dass nach der Vollversammlung „Israel nicht als Apartheidstaat bezeichnet werden solle“. Dort wurde aber ausdrücklich gefordert, dass der ÖRK diese Frage mit Hilfe der Berichte der Menschenrechtsorganisationen studieren und zu einer Entscheidung kommen soll. Die Ratsvorsitzende der EKD, Kirsten Fehrs, setzte nach: „Ich bin der festen Überzeugung: Solche Zuschreibungen sind nicht nur sachlich falsch, sie vertiefen auch Gräben“.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/statement-on-palestine-and-israel-a-call-to-end-apartheid-occupation-and-impunity-in-palestine-and-israel>.

<sup>9</sup> Vgl. <https://www.ekbo.de/service/nachrichten-aus-unserer-landeskirche/iframe/stellungnahme-der-ekd>.

<sup>10</sup> Vgl. [https://www.ekd.de/kirchenrechtliches\\_institut/fehrs-dis-tanziert-sich-von-apartheid-begriff-91044.htm](https://www.ekd.de/kirchenrechtliches_institut/fehrs-dis-tanziert-sich-von-apartheid-begriff-91044.htm).

Der frühere Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, der in Karlsruhe zum Vorsitzenden des ÖRK-ZA gewählt wurde, verteidigte zwar den ÖRK-Beschluss, distanzierte sich aber gleichzeitig: Er selbst wolle den Begriff nicht verwenden und begründete das so: „Ein von einem nach wie vor unfassbaren Völkermord traumatisiertes Volk, das nach aller Verfolgung endlich einen Ort findet, wo es sicher leben kann, lässt sich nicht einfach gleichsetzen mit den weißen Kolonialisten, die das System der Apartheid in Südafrika errichtet haben“.<sup>11</sup>

Bedford-Strohm hat wie viele politische und kirchliche Amtsträger\*innen in Deutschland nicht verstanden, dass es längst nicht mehr darum geht, Israel mit Südafrika zu vergleichen. Vielmehr ist Apartheid inzwischen völkerrechtlich klar definiert, insbesondere im „Römischen Statut“.<sup>12</sup> Auf dieser Basis muss man feststellen, dass die EKD das Völkerrecht leugnet und damit die verhängnisvolle weltweite Entwicklung befördert, Macht über das Recht zu stellen. Auch läuft seit dem „Schrei nach Hoffnung“ der palästinensischen Kirchen von 2020 ein so genannter Bekenntnisprozess (processus confessionis) zum Thema der Entrechtung des palästinensischen Volks und dem Missbrauch der Bibel zur Begründung dieses Unrechts. Das heißt, es geht hier nicht um eine politische Frage, sondern das Kirchesein der Kirche steht auf dem Spiel. Seit dem Beschluss des Lutherischen Weltbunds von 1977, der die südafrikanische Apartheid zum status confessionis (Bekenntnisfall) erklärte, ist Apartheid nicht nur völkerrechtlich strafbar, sondern darf von Kirchen auf keinen Fall vollzogen oder relativiert werden. Das hat neben vielen Kirchen und dem ÖRK die United Church of Christ in einem Bekenntnis formuliert, das der Barmer Theologischen Erklärung gegen die Hitler unterstützenden Deutschen Christen nachgebildet ist.<sup>13</sup> Im status confessionis ist die EKD in der Terminologie Bonhoeffers nun irrende oder falsche Kirche.

*Prof. Dr. theol. Ulrich Duchrow ist Gründungsmitglied und Ehrenvorsitzender von Kairos Europa.*

<sup>11</sup> Vgl. <https://www.evangelisch.de/inhalte/244816/25-06-2025/bedford-strohm-oerk-apartheids-beschluss-nicht-antisemitisch>.

<sup>12</sup> Vgl. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/datenbanken/rechtsprechungsdatenbank-ius-gender-gewalt/detail/roemisches-statut-1998>.

<sup>13</sup> Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2021/08/UCC-Deutsch-Generalsynode-2021-Israel-Palaestina-Bekenntnis.pdf>.

**Rezension zu Ulrich Duchrow,  
Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben.  
Erfahrungen, Kämpfe und Visionen in  
der weltweiten Ökumene, 240 Seiten,  
VSA-Verlag, Hamburg 2025 (€ 19,80)**

Von Peter Schönhöffer

Der für viele ökumenische wie interreligiöse Bewegungen und Organisationen wichtige evangelische Theologe Ulrich Duchrow hat ein kompaktes Alterswerk vorgelegt. Der streng komponierte geistige Erkenntnisgang zeichnet motivierend einen kompetenten und konsequenten Lebensweg nach und gewährt einzigartige Einblicke in die weltweit vernetzte Ökumene. Ulrich Duchrow macht auch auf kirchliche Lücken in der Verarbeitung und Zufälligkeiten aufmerksam, wer wo an welcher Stelle von den weltkirchlichen Dynamiken etwas mitbekommt, sich zu eigen macht und die „deutsche Provinzialität kirchlicher Wahrnehmung“ (Ernst Lange) damit auf Kurs bringt. Allein dies wäre schon ein echter Verdienst. Denn Geschichte, innere Triebfedern, bewegungspolitisches Auf und Ab und immer wieder die Massen ergreifenden Wirkweisen der aus globalen Arbeitszusammenhängen gespeisten „Gerechtigkeitsökumene“ liegen meines Wissens bislang kaum in einem größeren zeitgeschichtlichen Zusammenhang oder gar in einer theologisch-gesellschaftspolitisch angelegten Tiefenanalyse wie hier vor.

Wer sich durch Jahrzehnte des Theologen- und Aktivisten-Lebens eines unermüdlich angetriebenen und antreibenden „öffentlichen Intellektuellen“ hindurch liest, wird reich belohnt. Wurzelwerk und Baumkronen von unfassbarer Arbeitsamkeit und dadurch erst möglich werdende prophetisch junge Triebe werden hier abgetastet, mit analytischem Blick verbunden und im Gesamtzusammenhang zugänglich gemacht: „Eu-angelion“ im wahrsten Sinne des Wortes, gute Nachricht und gute Überbringung zugleich.

Dies bleibt deshalb wichtig, weil immer weniger kirchlich geprägte Strukturen geschweige denn säkulare Szenen noch wissen, dass solche Handlungsebenen, Akteursgeflechte und materialistisch-theologische Durchdringungen unserer Zeitgeschichte existierten bzw. dass sich Kristallisationskerne aus dieser Geschichte weiter bereithalten, neu entflammt zu werden und in neue Kontexte einzuzufließen.

Regelrecht singulär erscheint, dass hier ein theologisch klar denkender und urteilender Universitäts- und Universalgelehrter (ja, er hat schon etwas von einem „praeceptor germaniae“, wie der argentinische Neutestamentler René Krüger ihn einmal überschwänglich bezeichnet hat) aus seinen theologischen Positionen und gesellschaftlichen Basis-Analysen heraus zugleich zum Vordenker, zentralen Bewegungsakteur, Gründer und dann wiederum Reflektierer und Neubegründer geworden ist. In jedem Fall erweist sich Ulrich Duchrow als einer, der sein Leben eingesetzt hat mit Haut und Haar. Teilweise vergeblich, dann wieder andere mitreißend, ein intellektueller und praktischer Geburtshelfer für Forschungen, Biografien, Bewegungen und Allianzen.

Dabei konnte es nicht ausbleiben, ganz im Sinne der Bergpredigt immer wieder sachlichen, taktischen und auch verleumderischen Widerspruch auf sich zu ziehen. Über manche Wegstrecken ist er von interessierten Seiten als wirtschaftspolitisch sachfremd abgestempelt, dann sogar kampagnenförmig als struktureller Antisemit hingestellt worden. Dann wieder wurde er als kirchlicher „Links-Außen“ ruhigzustellen versucht. Ulrich Duchrow ist durch alles hindurchgegangen und hat sich dabei immer neu den globalen Dimensionen und lokalen Verankerungen sowie der stets wechselnden Gemeinschaft der Kämpfenden gestellt. Was seinen Lebensweg auszeichnet: stets intellektuell weiter gewesen zu sein als seine Kritiker\*innen.

Dadurch hat er theologische und gesellschaftspolitische Klärung und dezidiertes und informierteres Basis-Engagement in weltkirchlichen Horizonten angestoßen, das zu Höhepunkten so etwas wie universales teilkirchliches Bekennen auf der Höhe der Zeit möglich gemacht hat. Dieses gesamte Spektrum gezielt zu bedienen und dabei enthusiastisch, qualitativ, bereit für produktive Interventionen und in der nötigen Parteilichkeit zu verbleiben läge zwar in befreiungstheologischen Kontexten nahe, ist aber im deutschen Sprachraum zur praktischen Mangelware geworden. Und – das wird einem bei der Lektüre bewusst –: So etwas wird auf Zukunft hin wohl immer deutlicher vermisst werden. Denn die „Bewegungsunternehmer“ der anderen Seite in Kirche und Gesellschaft lassen derzeit wenig Spielraum, und die verbliebenen befreiungskirchlichen Akteure im deutschen Sprachraum werden vermutlich daran scheitern, dass sie kein „fühlen mit der Kirche“ mehr entwickeln oder den schmalen Grat zwischen einer nötigen Kirchenbezüglichkeit des

Arguments und real existierender Verzweiflung an kirchlichen Verlegenheits- und Ausweichhandlungen nicht halten können.

„Für die Bearbeitung der Menschheitsfragen ist es zentral wichtig, dass Menschen vor Ort an den Kämpfen um die globalen Entwicklungen teilnehmen. Die meisten Institutionen sind in das Machtssystem verstrickt. Nur wenn genug Gegenmacht von unten aufgebaut werden kann, besteht die Chance, dass Alternativen zum herrschenden zerstörerischen Zivilisationsmodell noch rechtzeitig entwickelt werden können“ (11). Das erscheint bis heute der anzustrebende Horizont, der auch in Kairos Europa, der wichtigsten, stabilsten und sicherlich fruchtbarsten Netzwerkgründung von Ulrich Duchrow vielfach bearbeitet worden ist. Aus weiteren historischen Etappen leuchten Sätze hervor, die weite Zeitbögen aufspannen: „Gott sei Dank gibt es Fridays for future, die Bewegung der Kinder“ (112). Dessen eingedenk erhält man eine Vorahnung davon, woran alles scheitern könnte in den vor uns liegenden Jahrzehnten.

Das zweite und dritte Kapitel erinnern daran, dass wir eine neue Dichte von hilfreichen Institutionen brauchen werden; etwa so wie die in den 1970er Jahren von Vatikan und Weltkirchenrat zusammen gegründete Organisation SODEPAX. Die verbliebenen Reste konfessioneller Weltbünde und globaler kirchlicher Vertretungen sind so aufzustellen, dass sie die Zeichen der Zeit verstehen und sie mit dem Licht des Evangeliums, interdisziplinärer Wissenschaft und interkultureller Hermeneutik durchdringen und ausdeuten können. Mit Priorität gilt es eine neue Friedensbewegung aufzubauen, dem inzwischen fröhliche Urstände feiernden Militarismus die Rechtfertigungsbasis zu bestreiten und real zurückzudrängen (47, 88). Gestalt und Identität der Kirche sind daran auszurichten, prophetische Theologien als Schnellboote für die großen Kirchentanker ins Leben zu rufen und bestmöglich zu hüten, zu fördern, zu verbreiten und/oder persönlich zu inspirieren (47-53, 78, 84).

Dann sollten, angeregt durch den zärtlich-aufbauenden Widerstand eines historischen Glücksfalles wie Papst Franziskus (157f.), vom Geist Gottes bewegte Aufbruchsprophet\*innen, erneuernde soziale und kulturelle Bewegungen sowie „Bewegungen inter-religiöser Solidarität“ (142) entstehen können, die rezeptions-, widerstands- und tradierungsfähig werden – ob wie das für viele sichtbare Flaggschiff „Kairos Europa“ oder diejenigen, die die Zachäus-Kampagne der internationalen Ökumene

mittragen oder die „Reformation inter-kulturell und theologiegeschichtlich zu radikalieren angetreten sind“. Besonders prägend ist es auf lange Sicht gesehen gewesen, auf genuin theologische Weise „Jesus und das Imperium“ zu thematisieren, die Rechtfertigungslehre vom Kopf auf die Füße zu stellen und – Themenschwerpunkt der letzten Schaffensjahre im Universum Duchrow – die interreligiöse Solidarität für Gerechtigkeit in Palästina/Israel über alle ehrabschneidenden und rufschädigenden Widerstände hinweg intellektuell aufzubauen und ihr zu praktischen Wegen in der Zivilgesellschaft zu verhelfen (159-224).

Dass wir unser Leben hingeben müssen, um noch etwas ausrichten zu können, wird jetzt und auf Zukunft hin vermutlich um ein Vielfaches wahrer werden als uns lieb sein mag. In dieser Gefahrenlage wird indes auch der Anschluss an jene „kaum Lebbarkeit des Evangeliums“ besser zu finden sein. Dies vermochte Ulrich Duchrows Lebensweg an der Seite der materiell und seelisch Armen und Kleingemachten risikobereiter, vielfältiger und bedeutungsvoller auszuprägen als andere. Wenn wir dem folgen wollen, liegt es an uns, aus und mit diesem bestärkenden und weiter zu entfaltenden Erbe ein Zusammenspiel mit der „teuren Gnade“ und untereinander wiederzuentfachen, das auch in Zukunft noch fruchtbar wird. Unsere Hilfe sei im Namen des Herrn.

*Lic. Theol. Peter Schönhöffer M.A. ist Mitglied des Vorstands von Kairos Europa.*

# Kriegstüchtig statt friedensfähig: Der Kapitalismus rüstet auf – Perspektiven des Widerstands

10.-11. OKTOBER 2025

ÖKUMENISCHES BILDUNGSZENTRUM SANCTCLARA, MANNHEIM

Veranstalter\*innen: Kairos Europa & Ökumenische Vernetzungsinitiative Casa Comun



## TAGUNGSPROGRAMM

### FREITAG, 10. OKTOBER

**18.45 Uhr: Begrüßung und Einführung ins Tagungsthema**

**19.00 Uhr: Öffentliche Abendveranstaltung**

*(in Kooperation mit attac MA)*

„Der Kriegszustand als Regierungsform in der Vielfachkrise?“

*Fabian Scheidler, Autor und Dramaturg*

### SAMSTAG, 11. OKTOBER

**09.00 Uhr: Theologischer Impuls**

„Münze – Macht – Militär. Die Kirche und das aggressive Zivilisationsprogramm“

*Peter Bürger, Theologe und Publizist*

**10.00 Uhr: Kapitalismus und Krieg, Ökonomie und Gewalt: Konfliktive Facetten am Beispiel der DR Kongo Impulse:**

„Mehr als ein regionaler Konflikt: koloniale Nachwirkungen und geopolitische Verstrickungen“

*Dr. Boniface Mabanza Bambu, KASA*

„Wettlauf um Ressourcen, gewaltsame Konflikte und Grenzen bisheriger Friedensinitiativen“

*Jenny Mushegera, Experte für Entwicklungszusammenarbeit und Moderatorin, Gründerin von CongoExcellence*

„Kriegsökonomie, sexualisierte Gewalt und humanitäre Krise“

*Dr. Christelle Beti, Frauenärztin, Mitgründerin des Friedensnetzwerks Kongo und im Vorstand des deutsch-kongolischen Jugendinstituts*

**11.45 Uhr: Kaffee-/Teepause**

**12.15 Uhr: Arbeitsgruppen zur Vertiefung und Diskussion**

Wie können diese Zusammenhänge prominent(er) auf die politische Agenda gebracht werden?  
*mit den vier Referierenden*

**13.30 Uhr: Mittagspause**

**14.30 Uhr: Podium**

„Kapitalismus und Krieg – wie weiter?“  
Perspektiven aus der Zivilgesellschaft

*mit: Claudia Haydt, Informationsstelle  
Militarisierung; Thomas Zeitler, Pfarrer und Aktivist bei Extinction Rebellion; Jakob Frühmann, Religionslehrer und Aktivist bei Sea-Watch;  
Radwa Khaled-Ibrahim, medico international*

**16.00 Uhr: Kaffee-/Teepause**

**16.30 Uhr: Abschlussplenum**

**ab 17.30 Uhr Abreise**

Eine skandalöse Polarisierung in verarmte Bevölkerungsgruppen einerseits sowie obszön reiche Eliten andererseits, technologische Kapital- und Machtkonzentration, immer weitreichendere Umweltzerstörung, zunehmende Rohstoffkonflikte, neue antidemokratische Parteien sowie Entwicklungen zu Autokratie und Oligarchie: Statt diesen dramatisch destabilisierenden Sicherheitsrisiken als Weltgemeinschaft entschieden entgegen zu treten, reduziert sich Politik weitgehend auf das Investieren astronomischer Summen in Militarisierung und Aufrüstung – zwecks vermeintlicher Gefahrenabwehr und Gewährleistung von Sicherheit und Frieden.

Diese ideologische Verengung der Herstellung von Sicherheit zuvorderst über Abschreckung ignoriert vollständig den Einfluss von ökologischen Kippunkten auf die Geopolitik sowie deren sozioökonomische Auswirkungen – und damit die verhängnisvollen Folgen der aktuellen Vielfachkrise für eine bewusst integriert verstandene menschliche Sicherheit.

Anstelle einer auf dem Völkerrecht basierenden internationalen Ordnung droht das Prinzip der Macht des bzw. der Stärkeren wieder zum maßgeblichen Bezugspunkt internationaler Politik zu werden. Damit zeichnen sich neue geopolitische Spannungen ab. Wachsender Nationalismus – gepaart mit transnationalen Machtansprüchen – sind Ausweis wie Folge dieser fatalen Entwicklung. Der Kapitalismus rüstet auf, um seine Fortexistenz um jeden Preis zu sichern. Das Gebot der Transformation unserer Wirtschaftsweise in Richtung einer nachhaltigen, sozial gerechten und friedlichen Entwicklung weltweit gerät dabei aus dem Blick.

Auf diesem Hintergrund möchte unsere Tagung nach der „Logik“ einer kriegerischen Weltwirtschaft im real existierenden Kapitalismus fragen und dabei mit Blick auf die DR Kongo beispielhaft Facetten des Zusammenhangs zwischen Wirtschaft und struktureller sowie direkter Gewalt beleuchten. Den damit einhergehenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen sollen emanzipatorische Konzepte aus der Perspektive religiöser und weltanschaulicher Begründungen gegenübergestellt und zudem Perspektiven des Widerstands für einen gerechten Frieden innerhalb planetarischer Leitplanken diskutiert werden.

## INFORMATION UND ANMELDUNG

Martin Gück - Tagungskoordination

+49 176 54471059

guck@kairoseuropa.de

## IMPRESSUM

Der Rundbrief wird herausgegeben von Kairos Europa e.V. | im WeltHaus | Willy-Brandt-Platz 5 | 69115 Heidelberg  
Mobil: +49 (0)176 54471059 | info@kairoseuropa.de | www.kairoseuropa.de  
Bankverbindung: KAIROS Europa Deutschland e.V., GLS Bank, IBAN: DE52 4306 0967 8040 2420 00, BIC: GENODEM1GLS  
Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und Freund\*innen von KAIROS Europa.  
Auflage: 300 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck u. Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

